

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



RehaKo 04-38 Gesuch betreffend Girard Marius

Entscheid der Rehabilitierungskommission vom 21. September 2004

1. Die Rehabilitierungskommission der Bundesversammlung stellt fest, dass das vom Territorialgericht I am 9. Oktober 1944 gegen Marius Girard ausgesprochene Strafurteil mit dem Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus per 1. Januar 2004 aufgehoben worden ist.
2. Diese Feststellung wird in geeigneter Weise bekannt gemacht.
3. Es werden keine Verfahrenskosten erhoben.

Im Namen der Kommission
Die Präsidentin:

Françoise Saudan



Erwägungen:

1. Marius Girard, geboren am 29. Juli 1892, Sohn des Gabriel, von und damals auch wohnhaft in Genf, war zusammen mit seiner Frau Mitglied einer Fluchthilfeorganisation und hat mitgeholfen, namentlich anfangs September 1942 jüdische Flüchtlinge heimlich in die Schweiz zu führen, und ihnen zum Teil auch kurzfristig Unterkunft gewährt.

Dafür befand ihn das für die Westschweiz zuständige Territorialgericht I am 9. Oktober 1944 der Fluchthilfe schuldig. Aufgrund der Widerhandlung gegen den Bundesratsbeschluss vom 13. Dezember 1940 betreffend die teilweise Grenzschliessung (AS 56 [1940] 2001) verurteilte ihn das Gericht wegen Beihilfe zu Ungehorsam gegen allgemeine Anordnungen im Sinne von Artikel 107 des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927 (MStG; AS 43 [1927] 359) zu 3 Monaten Gefängnis sowie einer Busse von 800 Franken.

Mit dem Bundesratsbeschluss vom 13. Dezember 1940 war eine teilweise Grenzschliessung verfügt worden und die Einreise nur noch an offiziellen Grenzposten zulässig. Die Strafverfolgung wegen Verletzung dieses Bundesratsbeschlusses erfolgte nach Artikel 107 MStG (Ungehorsam gegen allgemeine Anordnungen).

2. Die Paul Grüninger Stiftung stellt nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003 über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus (im Folgenden: Bundesgesetz; SR 371) das Gesuch, es sei festzustellen, dass das gegen Marius Girard ausgesprochene Urteil des Territorialgerichts I vom 9. Oktober 1944 durch das Bundesgesetz per 1. Januar 2004 aufgehoben worden ist.

3. Das Bundesgesetz hebt alle Strafurteile auf, mit welchen Menschen verurteilt worden sind, weil sie verfolgten Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus zur Flucht verhalfen oder dazu Beihilfe leisteten, und rehabilitiert die Flüchtlingshelfer (Art. 1 bis 4). Ergänzend soll die Begnadigungskommission der Bundesversammlung auf Gesuch hin als Rehabilitierungskommission prüfen und feststellen, ob beziehungsweise dass der generelle Aufhebungsbeschluss ein konkretes Strafurteil erfasst (Art. 6 Abs. 1; Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 29. Oktober 2002, BBl 2002 7781, Ziff. 3).

Nicht Aufgabe der Rehabilitierungskommission ist es hingegen, die betroffenen Flüchtlingshelfer noch einmal zu rehabilitieren.

4. Die Aufhebung aller Strafurteile wegen Fluchthilfe erfolgte, weil diese Urteile aus heutiger Optik als schwerwiegende Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens betrachtet werden. Insoweit wird der seit den Urteilssprüchen eingetretenen Entwicklung und den seither veränderten Auffassungen, insbesondere auch der Rechtsentwicklung im Bereich des Grundrechtsschutzes Rechnung getragen.

Nach Artikel 4 des Bundesgesetzes werden alle, welche wegen Fluchthilfe zu Gunsten von Verfolgten des Nationalsozialismus verurteilt wurden, im Sinne einer moralischen Wiedergutmachung rehabilitiert. Diese Rehabilitierung ist zu unterscheiden von der Rehabilitation (Aufhebung von Nebenstrafen) nach Artikel 77 ff. des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21.



Dezember 1937 (StGB; SR 311.0). Im Gegensatz zu früheren Rehabilitierungen erfolgt die Rehabilitierung nun nicht mehr bloss per Erklärung des Bundesrates, sondern durch das Gesetz.

5. Die Aufhebung der Strafurteile hat insoweit «rückwirkenden Charakter [Aufhebung ex tunc]», als davon ausgegangen wird, dass solche Urteile unter heutigen Gesichtspunkten so nicht rechtmässig erlassen werden könnten. «Nicht rückwirkend [ex nunc]» erfolgt die Aufhebung insoweit, als verschiedene Rechtsfolgen der Verurteilungen naturgemäss nicht rückgängig gemacht werden können.

In diesem Sinne wird denn auch in Artikel 13 des Bundesgesetzes festgehalten, dass Feststellungsentscheide über die Aufhebung von Strafurteilen keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Genugtuung begründen.

6. Das Gesuch wurde fristgerecht eingereicht (Art. 8), die Paul Grüniger Stiftung ist nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes zur Einreichung von Gesuchen berechtigt, und es sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, dass die nachgesuchte Feststellung gegen den Willen von Marius Girard beziehungsweise dessen Angehörigen erfolgen könnte (Art. 7 Abs. 3).

7. Marius Girard wurde am 9. Oktober 1944 vom Territorialgericht I aufgrund der Widerhandlung gegen den Bundesratsbeschluss vom 13. Dezember 1940 betreffend die teilweise Grenzschiessung wegen Beihilfe zu Ungehorsam gegen allgemeine Anordnungen im Sinne von Artikel 107 MStG schuldig gesprochen und zu 3 Monaten Gefängnis sowie einer Busse von 800 Franken verurteilt. Es steht daher fest, dass dieses Urteil durch das Bundesgesetz aufgehoben worden ist.

8. Das Dispositiv der zu treffenden Feststellung ist in geeigneter Weise bekannt zu machen; die Bekanntmachung darf nicht ohne Zustimmung des Gestaltstellers erfolgen (Art. 11 Abs. 2).

Die Rehabilitierungskommission informiert über ihre Feststellungsentscheide auf ihrer Internetseite und mit Pressemitteilungen. Liegen Anzeichen vor, dass der Betroffene oder dessen Angehörige mit einer umfassenden Veröffentlichung des Feststellungsentscheids nicht einverstanden wären, erfolgt die Veröffentlichung in anonymisierter Form.

Da die Gestaltstellerin einer Veröffentlichung der Entscheide zugestimmt hat und auch keine allfälligen Einwände seitens von Angehörigen von Marius Girard gegen eine Veröffentlichung des vorliegenden Entscheids erkennbar sind, wird dieser integral veröffentlicht.

Das Verfahren ist kostenlos (Art. 12). Die Ausrichtung von Parteientschädigungen ist nicht vorgesehen.

Die Entscheide der Kommission sind letztinstanzlich (Art. 11 Abs. 3).